



Resolution der Delegiertenversammlung der IG Metall Braunschweig

Für das Recht auf Bildung und Ausbildung!

Die dramatischen Auftragseinbrüche in fast allen Branchen deuten weiter auf einen Trend zur Reduzierung von Ausbildungsplätzen auch in unserer Region.

Nächstes Jahr gerät der Ausbildungsmarkt weiter unter Druck durch den sogenannten "doppelten Abiturjahrgang". Im Jahr 2011 werden mehr als 100.000 Schülerinnen und Schüler die niedersächsischen allgemeinbildenden Schulen verlassen - das ist rund ein Fünftel mehr als in den Jahren zuvor.

Die IG Metall befürchtet das durch die doppelte Anzahl der Abiturienten, die Absolventen anderer Schulformen in einer Art Verdrängungswettbewerb den kürzeren ziehen und wieder auf „Warteschleifen“ ausweichen müssen.

Aus diesem Grunde werden die Absolventen insbesondere aus Haupt- und Realschulen in den folgenden drei bis vier Jahren immer wieder als Bewerber auf den Ausbildungsmarkt zurückkehren.

Aus Sicht der IG Metall wird durch diese Situation immer mehr jungen Menschen der Berufseinstieg verweigert. Ohne Ausbildung, Übernahme und Festanstellung keine Planungssicherheit für ihr Leben.

Abwarten nützt nichts!

Es ist bekannt, dass es in den nächsten Jahren einen Fachkräftemangel geben wird, der im Wesentlichen auf den geburtenschwachen Jahrgängen beruht. Mit dem nächsten Aufschwung wird sich der Fachkräftemangel wieder bemerkbar machen. Unternehmen tragen die Verantwortung, diese Entwicklung aufzuhalten.

Wer heute ausbildet, hat erst in 3,5 bis 4,5 Jahren eine Fachkraft!
Kluge Unternehmen müssen jetzt vorsorgen und sich die gut ausgebildeten Fachkräfte sichern.

Die Arbeitgeber müssen Flexibilität zeigen!

Die IG Metall Braunschweig fordert den Arbeitgeberverband auf, auf seine Mitgliedsunternehmen einzuwirken, die Anzahl der angebotenen Ausbildungsplätze massiv zu erhöhen. Die Kommunen der Region, sowie die Politik stehen in der Pflicht für die jungen Menschen eine qualifizierte Berufsausbildung, eine berufliche Zukunft zu fairen Bedingungen – und mit gerechter Bezahlung zu ermöglichen.

Das Leben der jungen Generation muss planbar sein – und dafür braucht sie berufliche Sicherheit.